

Klimawandel in Washington, D.C.

Der angekündigte Austritt der USA aus dem Klimaübereinkommen von Paris bedeutet keineswegs das Ende einer ambitionierten internationalen Klimaschutzpolitik. Die Ereignisse der vergangenen Monate – allen voran die Klimaschutzkonferenz in Bonn (COP-23) und das Engagement lokaler Akteure – haben gezeigt, dass klimapolitische Fortschritte möglich sind.



Manuela Mattheß, geb. 1985, ist Referentin für Internationale Energie- und Klimapolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Nach der Wahl Donald J. Trumps zum Präsidenten der USA spekulierte die Welt über den energie- und klimapolitischen Kurs der neuen US-Regierung. Die ersten konkreten Maßnahmen ließen zugleich nichts Gutes erwarten: Die Aussetzung von Schutzmechanismen für Gewässer gegen schädliche Abfälle aus der fossilen Energiegewinnung, die Aufhebung wichtiger Auskunftspflichten zu Auslandsinvestitionen für Öl- und Gasfirmen und die Wiederaufnahme von umstrittenen Infrastrukturprojekten gehörten zu den Maßnahmen, mit denen der neue US-Präsident die energie- und klimapolitische Zukunft seines Landes gestalten wollte.

Am 1. Juni 2017 kündigte Trump den Rückzug der USA aus dem Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen an, weil dieses das Land benachteilige und durch die darin enthaltenen Maßnahmen zum Klimaschutz Arbeitsplätze und Wohlstand gefährde.¹ Die Erklärung erschütterte viele. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs, nichtstaatliche Organisationen (NGOs), Gewerkschaften und Klimaaktivisten reagierten enttäuscht und mit Unverständnis. Diese Reaktionen wichen jedoch dem

Kampfgeist und ungebrochenen Willen, das historische Klimaübereinkommen von Paris umzusetzen, um die Welt vor steigenden Temperaturen und den damit verbundenen Problemen zu schützen. Zugleich betonten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Regierungen, dass sie sich weiterhin dem Klimavertrag verpflichtet fühlten. Das Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) dementierte umgehend, dass es Neuverhandlungen geben könnte, wie es sich Trump vorstellte.

Nach der Ankündigung wurde jedoch klar, dass noch nichts verloren war – ganz im Gegenteil. Vollkommen unbeabsichtigt hat der amerikanische Präsident möglicherweise das bisher größte Bekenntnis zum globalen Klimaschutz ausgelöst.² Denn als Antwort auf den angekündigten Rückzug traten progressive lokale US-Akteure an die Öffentlichkeit. Gouverneure, Bürgermeister, Unternehmen und Universitäten beteuerten, dass sie weiterhin für den Klimaschutz kämpfen. Entsprechende Koalitionen und Initiativen wurden ins Leben gerufen, um die Ziele des Klimaübereinkommens von Paris umzusetzen.³ Natürlich stellt die Abkehr eines der weltweit größten Emittenten von gefährlichen Treibhausgasen eine große Herausforderung für den globalen Klimaschutz dar. Innenpolitisch gefährdet das Festhalten der amtierenden US-Regierung an Kohle und Öl den wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Fortschritt. Auch auf internationaler Ebene wird die Umsetzung des Klimaübereinkom-

¹ Statement by President Donald J. Trump on the Paris Climate Accord, 1.6.2017, abrufbar unter www.whitehouse.gov/briefings-statements/statement-president-trump-paris-climate-accord/

² Manuela Mattheß, Upps. Wie Donald Trump versehentlich das größte Bekenntnis zum Klimaschutz auslöste, Internationale Politik und Gesellschaft, 8.6.2017, www.ipg-journal.de/rubriken/nachhaltigkeit-energie-und-klimapolitik/artikel/upps-2092/

³ Ein Beispiel ist die ›We Are Still In‹-Koalition. Ihre Webseite ist unter www.wearestillin.com/ abrufbar.

mens von Paris durch die Austrittserklärung der USA schwieriger. Klimapolitische Fortschritte sind aber trotz Trump möglich.

Mit Vollgas in die Vergangenheit

Zunächst einmal muss der Blick auf die amerikanische Innenpolitik gerichtet werden. US-Präsident Trump versucht mit allen rechtlichen Mitteln, Kohle- und Ölfirmen zu unterstützen und bereits verabschiedete legislative Vorhaben zum Umwelt- und Klimaschutz seines Vorgängers Barack Obama rückgängig zu machen. Jüngstes Angriffsziel ist der Plan zur Förderung erneuerbarer Energien (Clean Power Plan), der unter Obama ins Leben gerufen wurde und der aktuellen US-Regierung durch die darin enthaltenen Emissionsminderungsziele ein Dorn im Auge ist. Auf fragwürdige Weise versucht der Leiter der amerikanischen Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency – EPA) Scott Pruitt die zu erwartenden Schäden durch Kohlendioxid kleinzurechnen, um so Klimaschutz-

maßnahmen als teuer und unwirtschaftlich darzustellen.⁴ Trump möchte den »Krieg gegen die Kohle«⁵ beenden, ihr zu neuem Glanz und den Menschen im »Rust Belt« zu neuen Arbeitsplätzen im großen Stil verhelfen. Dass er damit jeglichen Fortschritt in der Energiewirtschaft verhindert, beweisen die Daten zu Arbeitsplätzen, die bisher im Bereich der erneuerbaren Energien in den USA geschaffen werden konnten. Ihre Anzahl in der nachhaltigen Energiebranche wuchs im Jahr 2015 um sechs Prozent⁶, in der Solarbranche werden 17 Mal schneller neue Arbeitsplätze geschaffen als in der restlichen gesamten US-Wirtschaft⁷. Im Jahr 2016 arbeiteten in den USA über 373 000 Menschen in der Solarindustrie, während es im Kohlesektor nur etwa 160 000 waren. Im Bergbausektor selbst waren es sogar nur 54 000 Beschäftigte.⁸ Auch im Bereich der Windenergie gibt es ein großes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. 86 Prozent der Windkraftanlagen liegen interessanterweise in republikanischen Wahlkreisen. Das bedeutet, dass auch Anhänger der Partei des US-Präsidenten verstanden haben, welche Chancen erneuerbare Energien mit sich bringen.⁹ Diese Zahlen allein belegen, dass die Zukunft nicht in der Kohle liegen kann.

In den USA schließen immer mehr Kohleminen aus ökonomischen Gründen, da sie weder mit dem preiswerten Erdgas, das durch Fracking gewonnen wird, noch mit sinkenden Preisen im Bereich der erneuerbaren Energien mithalten können. Auch auf dem Weltmarkt sinkt die Nachfrage. Sofern dieser Kurs weitergeführt wird, könnte die amtierende US-Regierung durch das Setzen auf nichtwettbewerbsfähige Energiequellen ihrem Land sogar ökonomisch schaden, da es so nicht an den wachsenden Märkten für Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung teilhaben könnte. Zudem darf nicht vergessen werden, dass auch die USA die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen. Laut Informationen des Nationalen Zentrums für Umweltinformation der USA (National Centers for Environmental Information – NCEI) entstanden allein im Jahr 2017 durch extreme Wetterereignisse wie Stürme, Überschwemmungen oder Feuer infolge massiver Dürren Kosten von schätzungsweise 300 Milliarden US-Dollar. 362 Menschen starben.¹⁰

Trotz der im Vergleich zu Präsident Obama vollzogenen Kehrtwende in der amerikanischen Energie- und Klimapolitik gibt es Hoffnung. Besonders die Energiepolitik liegt in den USA zu wichtigen Teilen in der Verantwortung der einzelnen Bundesstaaten und viele von ihnen haben bereits ambitio-

Im Jahr 2016 arbeiteten in den USA über 373 000 Menschen in der Solarindustrie, während es im Kohlesektor nur etwa 160 000 waren.

maßnahmen als teuer und unwirtschaftlich darzustellen.⁴ Trump möchte den »Krieg gegen die Kohle«⁵ beenden, ihr zu neuem Glanz und den Menschen im »Rust Belt« zu neuen Arbeitsplätzen im großen Stil verhelfen. Dass er damit jeglichen Fortschritt in der Energiewirtschaft verhindert, beweisen die Daten zu Arbeitsplätzen, die bisher im Bereich der erneuerbaren Energien in den USA geschaffen werden konnten. Ihre Anzahl in der nachhaltigen Energiebranche wuchs im Jahr 2015 um

⁴ Christopher Schrader, Trumps bizarre Klima-Rechnung, Süddeutsche Zeitung, 20.11.2017, www.sueddeutsche.de/wissen/klimapolitik-co-zum-schleuderpreis-1.3753599

⁵ Donald J. Trump via Twitter, 3.6.2014, twitter.com/realdonaldtrump/status/473895061747695616

⁶ International Renewable Energy Agency (IRENA), Renewable Energy and Jobs. Annual Review 2016, zu finden unter www.irena.org/DocumentDownloads/Publications/IRENA_RE_Jobs_Annual_Review_2016.pdf

⁷ Karla Lant, This Industry Is Creating Jobs 17 times faster than the Rest of the US Economy, Business Insider Deutschland, 3.6.2017, www.businessinsider.de/industry-creating-jobs-17-times-faster-than-the-rest-of-the-us-economy-2017-6?r=US&IR=T

⁸ Nadja Popovich, Today's Energy Jobs Are in Solar, Not Coal, New York Times, 25.4.2017, www.nytimes.com/interactive/2017/04/25/climate/todays-energy-jobs-are-in-solar-not-coal.html

⁹ David Ward, Novel no more: Republicans Know Wind Energy Is A good Deal, 6.5.2017, www.aweablog.org/worst-kept-secret-in-washington-republicans-know-wind-energy-a-good-deal/

¹⁰ National Centers for Environmental Information (NOAA), National Oceanic and Atmospheric Administration, www.ncdc.noaa.gov/billions/events/US/2017

nierte Emissionsminderungsziele. Städte und ganze US-Bundesstaaten sowie zivilgesellschaftliche Gruppen engagieren sich seit Jahren für mehr Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung. Damit bescheren sie der so dringend notwendigen Energietransformation den nötigen Rückenwind. Ein Beispiel ist die Initiative ›Mayors For 100% Clean Energy‹ der NGO Sierra Club, in der sich zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister amerikanischer Städte für starke Emissionsreduzierungsziele und die Förderung erneuerbarer Energien einsetzen. 30 US-Bundesstaaten haben verbindliche Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien, acht Bundesstaaten setzen sich immerhin freiwillige Ziele.¹¹ Zwar ist noch nicht klar, ob die Anstrengungen lokaler Akteure in den USA ausreichen werden, um die Lücke zu füllen, die die gegenwärtige US-Regierung hinterlassen würde. Das Engagement zeigt aber deutlich, dass man ihrer Politik etwas Wirkungsvolles entgegensetzen kann.

Fortschritte bei der COP-23 auch ohne die US-Regierung

Auch auf der internationalen Verhandlungsbühne ist klar geworden, dass Fortschritte durchaus möglich sind. Die 23. Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties – COP) des UNFCCC, die im November 2017 unter der Präsidentschaft Fidschis in Bonn stattfand, startete mit einem gewissen Grad an Unsicherheit. Keiner wusste genau, wie sich die amerikanische Verhandlungsdelegation nach dem angekündigten Rückzug aus dem Klimaübereinkommen von Paris verhalten würde. Einige befürchteten gar, dass sie nun einen destruktiven Kurs einschlagen könnte, um die Umsetzung zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen. Die COP-23 hat jedoch aus vier Gründen gezeigt, dass internationale Klimapolitik auch ohne die USA funktionieren kann.

Erstens ist die COP-23 trotz fehlendem US-Engagement mit moderat positivem Ausgang und ohne größere Katastrophen zu Ende gegangen. Auch wenn hier noch viel Arbeit notwendig sein wird, so konnten sich die beteiligten Staaten doch auf eine erste Version des Pariser Regelwerks einigen, in dem klare Abmachungen zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris über Klimaänderungen festgehalten werden müssen. Außerdem gab es bei den Klimaschutzmaßnahmen, die noch vor dem Jahr 2020 eingeleitet werden müssen, Fortschritte in der

Gestaltung der Prozesse zur Ambitionssteigerung nationaler Klimaschutzbeiträge. Obwohl es im Bereich der Klimafinanzierung nur wenige Erfolge gab, konnte der Anpassungsfonds vom Kyoto-Protokoll in das Klimaübereinkommen von Paris überführt werden. Dies sichert zum einen seine Existenz und ist zum anderen besonders wichtig für arme und für den Klimawandel anfällige Staaten, die dadurch einen leichteren Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen bei ihren Anstrengungen zur

Die COP-23 hat gezeigt, dass internationale Klimapolitik auch ohne die USA funktionieren kann.

Anpassung an den Klimawandel bekommen. Die offizielle US-Delegation reiste in stark dezimierter Zahl an und verhielt sich – entgegen mancher Befürchtungen – keinesfalls destruktiv oder behindernd. In vielen Fragen – beispielsweise im Umgang mit Finanzierungsfragen von klimabedingten Schäden und Verlusten – hielt sie die gleichen roten Linien aufrecht, die es bereits unter Präsident Obama gegeben hatte. Überhaupt war in der Verhandlungsstrategie selbst ein erstaunliches Maß an Kontinuität zu spüren. Andererseits gab es durchaus Versuche, die amerikanische Fossilindustrie näher an den Verhandlungstisch in Bonn zu bringen. Ihre einzige offizielle Veranstaltung während der COP-23 nutzten die Amerikaner, um die Vorteile fossiler Energiequellen zu bewerben. Über den Veranstaltungssaal hinaus konnte das aber keinerlei Wirkung entfalten. Nicht nur bei Veranstaltungen, auch sonst war die offizielle US-Delegation isoliert. Dies zeigte sich vor allem darin, dass mittlerweile die beiden letzten Länder Nicaragua und Syrien nun ihren Beitrittswillen zum Pariser Klimaabkommen erklärten.¹² Damit sind die USA der einzige Staat, der es vorzieht, globale Klimapolitik nicht mitzugestalten. Auch wenn die USA noch nie ein wirklich verlässlicher und ambitionierter Partner in der internationalen Klimapolitik gewesen sind, so haben sie nun sehr viel ihrer internationalen Glaubwürdigkeit verloren.

Zweitens muss der Fokus nicht auf die offizielle US-Delegation gerichtet werden, sondern auf die inoffizielle. Ebenfalls angereiste US-Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft

¹¹ Jocelyn Durkay, State Renewable Portfolio Standards and Goals, National Conference of State Legislatures, 1.8.2017, abrufbar unter www.ncsl.org/research/energy/renewable-portfolio-standards.aspx

¹² BBC News, Paris Climate Accord: Syria to Sign up, Isolating US, 7.11.2017, einzusehen unter www.bbc.com/news/world-middle-east-41904650



Michael Bloomberg, Sondergesandter des UN-Generalsekretärs für Städte und Klimawandel und Ko-Vorsitzender der ›America's Pledge‹-Koalition, während der Klimakonferenz in Bonn (COP-23) am 11. November 2017. FOTO: BMUB/SASCHA HILGERS

und Zivilgesellschaft bestätigten ihren Willen zur Umsetzung der Ziele des Klimaübereinkommens von Paris. In ihrem eigenen Veranstaltungspavillon während der COP-23, dem ›U.S. Climate Action Center‹ zeigten sie der Welt im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen, dass sich die lokale Ebene bereits seit Jahren durch zahlreiche Initiativen und Gesetzesvorhaben für mehr Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung engagiert und dies auch im Lichte der klimafeindlichen Politik des aktuellen Präsidenten aufrechterhalten würde. Die so genannte ›We Are Still In‹-Koalition hat mittlerweile mehr als 2500 Unterschriften und setzt sich aus neun US-Bundesstaaten, 252 Städten und Landkreisen, 1780 Unternehmen und Investoren, 339 Hochschulen und 213 Glaubensgemeinschaften zusammen.¹³ Die von Kaliforniens Gouverneur Jerry Brown und New Yorks früheren Bürgermeister Michael Bloomberg – letzterer ist Sondergesandter des UN-Generalsekretärs für Städte und Klimawandel – im Juli 2017 gestartete Initiative ›America's Pledge‹¹⁴ ist besonders im Kontext der internationalen Klimaverhandlungen wichtig. Sie will die Selbstverpflichtungen amerikanischer Bundesstaaten, Städte, Unternehmen und anderer nichtstaatlicher Akteure zur Reduzierung von Treibhausgasen bewerten und so die Frage beantworten, ob die Beiträge lokaler Akteure ausreichen könnten, um

den Wegfall der US-Regierung und damit der Bundesebene in Bezug auf das Gesamtziel zu kompensieren. Die Anstrengungen auf lokaler Ebene sind für den globalen Klimaschutz von außerordentlicher Bedeutung. Zum einen, weil sie zeigen, dass die USA sich im Kampf gegen die globale Erderwärmung progressiv engagieren, auch wenn die US-Regierung unter Präsident Trump das nicht tut.¹⁵ Und zum anderen, weil sie sich mit selbst gesteckten Zielen zur Emissionsreduzierung und ihren anderen Maßnahmen zum Klimaschutz als kooperationswilliger Ansprechpartner in Stellung bringen – innerhalb des UN-Systems und auch darüber hinaus. Die USA können so Teil des multilateralen Systems bleiben, das sich in Richtung einer nachhaltigen Zukunft und nicht zurück in die Vergangenheit bewegen möchte.

Drittens hat sich der befürchtete Dominoeffekt eines massenhaften Austritts anderer Mitgliedsstaaten des UNFCCC aus dem Klimaübereinkommen von Paris nicht bewahrheitet. Die beteiligten Staaten arbeiteten konzentriert und ruhig an den ihnen anvertrauten Aufgaben. In den offiziellen Verhandlungsrunden konnte dadurch gar der Eindruck entstehen, als hätte es die Austrittserklärung der US-Regierung nie gegeben. Möglich ist, dass die Sichtbarkeit der inoffiziellen US-Delegation hier ein Gegengewicht zu einer Austrittsdynamik schaffen konnte, die es anderen Staaten erschwerte, einen ähnlichen Schritt zu wagen wie der amerikanische Präsident.

Viertens muss festgehalten werden, dass trotz der Austrittsankündigung der US-Regierung aus dem Klimaübereinkommen von Paris über die internationalen Klimaverhandlungen hinaus Fortschritte erzielt werden konnten. Die Erklärung der Gruppe der Sieben (G7) (die USA ausgenommen) bestätigte den politischen Willen, das Pariser Klimaabkommen umsetzen zu wollen. Beim G20-Gipfel im Juli 2017 bekräftigten die ›G19‹-Staaten ihren Einsatz für den globalen Klimaschutz und isolierten damit die USA.

Nach einem Jahr mit einer US-Regierung unter Trump kann also festgestellt werden, dass der Klimaschutzprozess keinen grundsätzlichen Rückschlag erlitten hat. Dank des Engagements vieler lokaler US-Akteure wie auch aufgrund des politischen Willens, das hart erarbeitete Pariser Klimaübereinkommen nicht zu opfern, konnten Fortschritte in Bonn und darüber hinaus trotz oder vielleicht auch gerade wegen Trumps Ankündigung erreicht werden.

¹³ Siehe ›We Are Still In‹, www.wearestillin.com

¹⁴ Eine Selbstbeschreibung der Initiative ist unter www.americaspledgeonclimate.com/about/ zu finden.

¹⁵ Michael R. Bloomberg/Jerry Brown, The U.S. Is Tackling Global Warming, even if Trump Isn't, New York Times, 14.11.2017, www.nytimes.com/2017/11/14/opinion/global-warming-paris-climate-agreement.html

Neue Allianzen zur Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens

Der Austritt der USA ist ohne Frage nicht nur aus Sicht der ärmsten und für den Klimawandel anfälligsten Staaten äußerst problematisch und ebenso eine politische, wirtschaftliche wie auch moralische Fehlentscheidung. Er macht die Umsetzung des Klimaübereinkommens von Paris schwieriger, aber keinesfalls unmöglich. Aus der neuen Situation ergibt sich eine Reihe von Chancen, die genutzt werden sollten, um das internationale Klimaregime gerecht weiterzuentwickeln und gegen Schocks von außen robuster zu machen.

Zunächst müssen multilaterale Verhandlungsprozesse wie die Klimakonferenzen gestärkt werden. In Zeiten sich verändernder politischer Rahmenbedingungen braucht die Welt mehr Kooperation und internationale Zusammenarbeit. Gegenüber der gegenwärtigen US-Regierung sollten alle Kommunikations- und Verhandlungskanäle offen gehalten werden – auch wenn das angesichts der eher rückwärtsgewandten energie- und klimapolitischen Positionen nicht immer leicht erscheint. Niemand gewinnt, wenn sich Initiativen zum Ausschluss der USA bei den Klimakonferenzen durchsetzen, wie es sie auch bei der COP-23 gegeben hat.

Außerdem ist es in der jetzigen Situation unabdingbar, starke klimapolitische Allianzen zu schmieden und die Rolle derjenigen zu stärken, die sich ambitioniert für die Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens einsetzen. Dazu gehören amerikanische subnationale und nichtstaatliche Akteure wie die ›We Are Still In‹-Koalition und andere. Trumps Politik eröffnet die Einsicht, dass »[...] die Zukunft der Menschheit nicht von einem einzelnen Staat abhängig sein darf [...]«¹⁶, sondern dass eine intensive Zusammenarbeit über verschiedene politische Ebenen und Sektoren hinweg notwendig ist. Diesen Akteuren sollten auch Möglichkeiten eröffnet werden, sich direkt am diplomatischen Prozess zu beteiligen. Das Klimaregime kann durch die stärkere Einbeziehung solcher Akteure gestärkt werden.

Die Welt muss außerdem einen Führungsakteur finden, der sich für eine ambitionierte internationale Klimapolitik einsetzt. Bei der COP-23 lagen große Hoffnungen auf der Europäischen Union (EU) und auf China, aber beide konnten die Erwartun-

gen, die in sie gesetzt wurden, nicht erfüllen. Vielleicht ist es nun an der Zeit, noch viel stärker als bisher lokale Akteure, die Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und progressive Unternehmen einzubeziehen und einen Führungsakteur nicht mehr ausschließlich unter den UNFCCC-Vertragsstaaten zu suchen. Diese müssen sich aber alle stärker engagieren, sowohl in Bezug auf die Nachbesserung ihrer bisher eingereichten nationalen Klimaschutzbeiträge als auch in Bezug auf das Thema der Klimafinanzierung. Hier ist gegenwärtig noch völlig unklar, wer den Ausfall der USA für Zahlungen an den Grünen Klimafonds (Green Climate Fund – GCF), die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) oder an das UNFCCC selbst auffangen könnte.¹⁷

Die letzten Monate haben eindeutig gezeigt, dass es nicht notwendig ist, die aktuelle US-Regierung um jeden Preis beim Klimaschutz einzubeziehen. Um das Klimaübereinkommen von Paris, aber auch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2030-Agenda) umsetzen zu können, müssen breite Allianzen aus progressiven Akteuren der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft geschmiedet werden, die – statt mit Vollgas in die Vergangenheit – einen Kurs in eine nachhaltige und klimafreundliche Zukunft fördern.

English Abstract

Manuela Mattheß

Global Warming in Washington, D.C. pp. 15–19

Despite the fact that US President Donald J. Trump announced his will to withdraw from the historic Paris Agreement, the last months have clearly shown that the world is ready to tackle dangerous global warming. The combined efforts of countries within the international climate governance system and of local non-state actors from the US and beyond have the potential to prevent further negative impacts of climate change. The results of COP-23 and numerous climate and energy initiatives, which have drawn public attention to the importance of fighting global warming, prove that progress is possible.

Keywords: COP-23, Klimaabkommen, Klimawandel, USA, climate change, Paris Agreement

¹⁶ Hermann E. Ott/Lukas Hermwille/Wolfgang Obergassel, Klimapolitik trotz(t) Trump. Globaler Klimaschutz nach dem Rückzug der USA, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, in brief 03/2017, S. 7. Online einzusehen unter epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/6788

¹⁷ BBC News, Reality Check: What Do Countries Spend on Climate Fund?, 2.6.2017, www.bbc.com/news/world-us-canada-40138062. Eine aktuelle Übersicht der finanziellen Zusagen ist aufrufbar unter Green Climate Fund, 15.11.2017, www.greenclimate.fund/how-we-work/resource-mobilization